

Änderungsantrag zum Antrag A1 „Lützerath nicht abgraben“ an den Kreisparteitag der Rhein-Erft SPD am 20.11.2021

„Für eine sinnvolle ausgewogene Politik“

Antragssteller: Simone Weesbach, ~~und~~ Daniel Dobbstein und Fritjof Schmidt

Im Antrag A1 werden die Zeilen 4 (Überschrift) und 7-9 wie folgt abgeändert:

Der neue Titel soll sein „~~Statt Symbolpolitik~~ Entscheidungen für eine gute Zukunft“.

Der neue Beschlusstext ~~ab Zeile 7~~ soll lauten:

Die SPD im Rhein-Erft-Kreis spricht sich klar für die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels aus. Der Klimawandel ist ein wissenschaftlicher Fakt, der im Mittelpunkt aller Entscheidungen der nächsten 30 Jahre sein muss. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten würden sonst die heute nötigen Investitionen weit übersteigen.

Hierfür ist aus unserer Sicht neben der notwendigen Emissionsreduktion auch notwendig, dass Deutschland als viertgrößte Volkswirtschaft alle Anstrengungen auf dem Weg zur Klimaneutralität erfolgreich meistert und hierbei Vorbild für andere Länder ist.

~~Deutschland ist unter den Ländern der EU, die mit ihren Emissionszielen entsprechend des Klimaschutz-Index (CCPI 2022) auf einem guten Weg sind, das einzige, das keine „Sonderlösungen“ in der Energiewirtschaft nutzt oder nutzen kann. Wir werden in 2022 richtigerweise die Stromgewinnung durch Atomkraftwerke einstellen. In Deutschland gibt es aber weder große Flächen zur OffShore Windgewinnung noch Möglichkeiten für Gezeitenkraftwerke oder große Möglichkeiten für Wasserkraftwerke wie in skandinavischen Ländern.~~

~~Es ist daher dringend notwendig, dass wir zuerst mit aller Macht den Ausbau der erneuerbaren Energie angehen. Hier muss die Blockadehaltung der CDU in Bund und Land NRW ein Ende finden.~~

Wir dürfen dabei den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht ~~dadurch~~ gefährden, ~~„dass wir einer Branche, und damit wenigen Regionen Deutschlands, die Versäumnisse, die gemacht wurden, alleine aufbürden. Die Lebensplanungen der heute direkt und indirekt für die Braunkohle Beschäftigten sind zu schützen. Das beinhaltet die finanzielle Absicherung und ganz besonders auch die Sicherung von Beschäftigung. Geld kann Arbeit nicht ersetzen, deswegen sind gute Arbeit und sozialer Schutz unverhandelbar.“~~

Darum ~~stellt sich die~~ ruft die SPD im Rhein-Erft-Kreis die Politik in Land und Bund dazu auf, spätestens jetzt den Transformationsprozess aktiv umzusetzen. Konkret fordern wir:

- **Für die betroffenen Beschäftigten:** Die von der Kohlekommission geforderte Strukturentwicklung hinsichtlich „Kompetenz- und Kapazitätsaufbau, Qualifizierung und Fachkräftesicherung“ ist dringend „je nach persönlicher Situation“ umzusetzen. Bis Ende 2022 sind die etwa 30.000 Betroffenen zu identifizieren und individuell nach ihren Sorgen und Wünschen zu befragen. Bis Ende 2023 sind individuelle Transformationsangebote zu entwickeln. Über den Fortschritt wird vierteljährlich unter Wahrung aller Datenschutzerfordernisse ein Bericht veröffentlicht.
- **Für den Klimaschutz:** Infrastrukturmaßnahmen für unsere Energiesicherung bedeuten, heute und in Zukunft die notwendigen Eingriffe vorzunehmen. Die energiepolitische Notwendigkeit erfordert dieses bspw. bei der Bereitstellung von Stromtrassen und nachhaltigen Energieparks. Die energiepolitische Notwendigkeit erfordert zudem ein temporäres Weiterbetreiben der Braunkohlekraftwerke.

hat formatiert: Schriftart: Fett

hat formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Listenabsatz, Aufgezählt + Ebene: 1 + Ausgerichtet an: 0,63 cm + Einzug bei: 1,27 cm

Die energiepolitische Notwendigkeit der aktuellen Braunkohleabbaupläne wird momentan politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich und höchststrichterlich in Frage gestellt. Bis zur Klärung der Frage zumindest durch die Bundespolitik unterstützen wir deswegen ein Abbau-Moratorium.

~~gegen rein symbolhafte Versuche die Ortslage Lützerath trotz einer bestehenden energiepolitischen Notwendigkeit vor einer Abgrabung zu retten. Lützerath ist bis auf Einzelpersonen bereits in Gänze umgesiedelt.~~

~~Der Kohleausstieg wird gerade mutmaßlich in Koalitionsverhandlungen um bis zu 8 Jahre vorgezogen. Hierzu muss unser Revier weitere Anstrengungen leisten. Diesem Ergebnis durch den Erhalt der Heimat von 14 Personen (Stand 12.2020), vorzugreifen, indem der Kohleausstieg faktisch auf das Jahr 2028 vorgezogen würde, ist nicht vertretbar.~~

~~Insbesondere in den betroffenen Regionen im rheinischen Revier warten die Kommunen auch knapp 2 Jahre nach der Vorstellung des Kohlekompromisses am 16.01.2020 noch immer auf gemachte Zusagen. Es ist noch keine einzige Maßnahme, die dem sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel dient, umgesetzt.~~

Die gemachten Zusagen der Landesregierung zur Etablierung von Sonderwirtschaftszonen müssen sofort erfolgen. Die Rhein-Erft-SPD wird diese Forderung auch innerparteilich an allen Stellen etablieren und unterstützen. Die Rhein-Erft-SPD ist solidarisch mit den anderen Betroffenen in den anderen Tagebaugebieten.

Wir brauchen ein Jahrzehnt des Handelns und nicht des Zögerns und Zauderns.

Die Rhein-Erft-SPD fordert daher Entscheidungen für eine gute Zukunft ~~statt Symbolpolitik.~~